



Präsidenten des Landtags Nordrhein-Westfalen  
Herrn André Kuper  
Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Bildung  
Frau Kirstin Korte, MdL

Per E-Mail an: [anhoerung@landtag.nrw.de](mailto:anhoerung@landtag.nrw.de)

**Stichwort:**

**A 15 – Bildung 21. Jahrhundert – 09.03.2022**

Steinstraße 30  
40210 Düsseldorf

Tel. 0211 171 18 83  
Fax 0211 175 25 27

info@le-gymnasien-nrw.de  
www.le-gymnasien-nrw.de

Sitz des Vereins: Düsseldorf  
Eingetragen beim Amtsgericht  
Düsseldorf, VR 9293

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
17. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME  
17/4881**

A15

**02.03.2022**

## **Stellungnahme der Landeselternschaft der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen e. V.**

zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/16268

### **Bildung für das 21. Jahrhundert – Aus der Pandemie lernen – Bildung endlich konsequent neu denken**

**Anhörung des Ausschusses für Schule und Bildung am 09. März 2022**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,  
sehr geehrte Frau Vorsitzende,  
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank, dass Sie uns die Gelegenheit geben, vor dem Schulausschuss zum oben genannten Antrag Stellung zu beziehen.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN eine strategische Ausrichtung der Bildung in NRW im 21. Jahrhundert und ein Ziehen der richtigen Konsequenzen aus den Schäden der Pandemie fordert. Der Titel macht also Hoffnung.

Gleichzeitig möchten wir aber infrage stellen, dass Bildung nun „endlich konsequent neu gedacht werden muss“. Es wird suggeriert, dass in der Vergangenheit alle konstitutiven Weichenstellungen falsch waren und es nun einer Revolution bedarf, um das Schulsystem in seinen Grundpfeilern zu verändern. Selbstverständlich sehen auch wir Bedarf für Veränderungen, aber nicht das Erfordernis, Bildung und Schule völlig neu zu denken. Das Land NRW hat in den vergangenen Jahrzehnten eine Vielzahl von – häufig missglückten – Ansätzen unternommen, das Schulsystem zu verändern – es sei z.B. an G8, die überbordende Inklusion und die gescheiterten Sekundarschulen erinnert – sodass es uns wichtiger erscheint, Bildung im 21. Jahrhundert im Rahmen eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses an die Anforderungen einer modernen Gesellschaft und eines globalen Wettbewerbes anzupassen, als unser Bildungssystem immer wieder in den Grundfesten infrage zu stellen. Über Bildung in NRW wurde bereits sehr viel nachgedacht, ausprobiert und sehr viel geforscht, was leider von den Parteien immer wieder vergessen wird.

Auch sollten wir in der Analyse der Ausgangslage nicht den Fehler begehen, Missstände im gegenwärtigen System einerseits und die schädlichen Folgen der Pandemie andererseits in einen Topf zu werfen und das Gemisch daraus als Basis oder gar Zwang für eine wie auch immer geartete neue Bildung zu sehen. Unstrittig ist sicherlich, dass die Pandemie die Bildungsschere noch weiter hat aufreißen lassen, weil die Schule nicht so funktionieren konnte wie vorgesehen, die technischen Hilfsmittel bei den gut Situierten eher vorhanden waren und der mangelnde Kontakt mit den Lehrern eher durch bildungsnähere Eltern kompensiert werden konnte. Aber aus der Pandemie ergeben sich z.B. nicht das zwingende Erfordernis nach mehr „Wertschätzung von Verschiedenheit“ und eine „Pädagogik der Vielfalt“, wie der Antrag gleich zu Beginn suggeriert.

Insgesamt weist dieser Antrag lobenswerte Motive auf und in vielen Bereichen haben wir sicherlich Konsens.

- 1) Es existieren viele personalintensive Wünsche, die leider aufgrund der derzeitigen Personallage im Bildungswesen nicht zu erfüllen sind, bzw. nur mit sehr einschneidenden Maßnahmen, die bisher keine Partei vorzubringen wagt.
- 2) Ohne Zweifel wünschen wir uns alle gut (aus)gebildete, selbstbewusste und verantwortungsvolle Kinder und Jugendliche, nur der Weg ist hitzig umstritten, besonders in unserem Land.
- 3) Eine Binsenweisheit: Dass wir sehr viel Geld investieren müssen, sehr viel „best“ ausgebildetes Personal in die Schulen schicken müssen und dass wir früh mit der Förderung der Kinder anfangen müssen, wenn Eltern nicht das Notwendige leisten können.

Der Antrag weist aber zwei eklatante Schwächen auf: Zum einen enthält er Forderungen, die eben gerade nicht dazu beitragen, dass wir gut ausgebildete Kinder und Jugendliche gewinnen und zum anderen fehlt diesem Antrag eines: ein übergeordneter Anspruch.

Forderungen, die nicht zu einer besseren Bildung beitragen:

- 1) Einheitsschule und Inklusion, das erfolgreiche Bildungssystem des 21. Jahrhunderts, Punkt V
- 2) Verzicht auf Ziffernnoten bis zur Jahrgangsstufe 8, Punkt III; dazu gehört auch die Forderung der Grünen, auf Abschulung und unfreiwillige Klassenwiederholung zu verzichten
- 3) Die Schaffung großer pädagogischer Souveränität der Schulen, Punkt III
- 4) Eine „inklusive“ Lehrerausbildung, Punkt V

#### Zu 1) Einheitsschule und Inklusion

- Wo sind die wissenschaftlichen Studien, die beweisen, dass größtmögliche Heterogenität den besten Bildungserfolg zur Folge hat? Oder ist dies gar nicht das Ziel, sondern nur die „Wertschätzung von Verschiedenheit und eine Pädagogik von Vielfalt“? (Seite 1 des Antrages) Was ist mit einem umfassenden Bildungsanspruch, Wissen und Leistung? Was ist mit Leistungsstandards mit verlässlicher und neutraler Kontrolle?
- Gerechtigkeit heißt auch in der Bildung „Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln“. Dann stellt sich die Frage: Was wird verglichen/gleichgesetzt? Alle Kinder im gleichen Alter gehen in eine bestimmte Klassenstufe mit demselben Schulstoff? Das wollen selbst die von der Gesamtschule überzeugten Verfechter nicht: Sie wollen eine sogenannte Binnendifferenzierung innerhalb der Klasse, d.h. Grüppchen bekommen ihrer Leistungsfähigkeit entsprechende Aufgaben. Was ist der Vorteil davon? Leiden alle Mitglieder der Gruppe darunter, weil jedes Grüppchen nur einen Teil der Aufmerksamkeit des Lehrers bekommt? Eine gute Vorbereitung der Stunde für jede Gruppe braucht entsprechend mehr Zeit. Werden die Lehrer dadurch nicht überfordert? Wir haben jetzt schon zu hohe Unterrichtsverpflichtungen der Lehrer und zu wenig Lehrer, dazu dann auch noch eine Erhöhung der notwendigen Vorbereitungszeit?
- Welche Erfolge haben die Gesamtschulen im Verhältnis zum gegliederten Schulsystem vorzuweisen? Wo sind belastbare wissenschaftliche Evaluationen und damit Beweise dazu?

#### Zu 2) Verzicht auf Ziffernnoten bis zur Jahrgangsstufe 8

- Es gibt zahlreiche wissenschaftliche Studien dazu, dass Ziffernnoten auch Ansporn sind und den Kindern zur Selbsteinschätzung ihrer Leistung verhelfen usw. Hier wird mit der Assoziation gespielt, dass ein Kind mit (einer) genügenden oder ungenügenden Note(n) psychisch zerbricht und nicht mehr leistungsfähig ist. Richtig ist allein, dass Lehrer und Eltern keine Atmosphäre schaffen, die das Kind zu einer starken und positiven Reaktion auf die Note ermächtigt oder es schlichtweg überfordern. Hier muss etwas getan werden! Und das führt gleich zum folgenden Punkt.

- Wenn kein Wechsel der Schule (nicht „Abschulung“) mehr möglich sein soll und keine von den Lehrern für sinnvoll befundene Klassenwiederholung mehr zulässig ist, werden z.B. weniger motivierte Schüler von Konsequenzen ihres „Handelns“ verschont und Kinder mit einer Überforderung in der Klassengruppe weiter verunsichert. Das hat zur Folge, dass sie schulpflichtig ihre Zeit nur durch reine Anwesenheit ohne geistige Beteiligung verschwenden. Welcher Frust für Lehrer und Schüler! Dieser Antrag blendet völlig aus, dass Disziplin und Eigenverantwortung Teil der Bildung sind und das Aufzeigen von Folgen des eigenen Handelns der beste Lehrmeister.
- Wo wird im Antrag eine notwendige Anstrengungsbereitschaft anerkannt und eine notwendige Frustrationstoleranz bei Misserfolgen, ein Bestehen in Konkurrenzsituationen eingeübt? Vorbereitung auf das Leben halt!

### Zu 3) Schaffung großer pädagogischer Souveränität der Schulen

- Hier muss die Selbständigkeit oder Souveränität der einzelnen Schulen sehr genau mit verbindlichen Standards und Leistungsanforderungen bzw. Bildungszielen austariert werden. Die Gerechtigkeit der Leistungsbeurteilung darf nicht aus den Augen verloren werden, gewährt sie doch Zugang zu attraktiven und umkämpften Ausbildungen oder beruflichen Angeboten.
- Auch muss im Auge behalten werden, dass die Schulen dadurch im Zweifel noch mehr Aufgaben zu bewältigen haben, wenn sie auch noch inhaltliche Entscheidungen verhandeln müssen. Die Lehrer müssen vor allen Dingen ihre Zeit dazu nutzen können, guten Unterricht zu machen und sich um die ihnen anvertrauten Kinder zu kümmern. Die Verwaltung sollte sich vielmehr als Dienstleister verstehen und nur an wenigen wichtigen Parametern den Erfolg der Schulen testen und sie gegebenenfalls coachen.

### Zu 4) Eine „inklusive“ Lehrerbildung

- Dieser Punkt korreliert mit Punkt 1. Die Partei muss sich die Frage gefallen lassen, was Ziel ihrer Schulpolitik ist? Konkret hier dann die Frage, wie lange die Ausbildung eines Lehrers dauern soll? Guter spezifischer Unterricht für Schüler mit Förderbedarf ist schon selbst ein Studienfach. Ein inhaltlich anspruchsvoller Unterricht in einer gymnasialen Oberstufe mit jungen „Brains“ sollte nicht bei mangelndem Fachwissen zu einem Autoritätsverlust des Lehrers führen. Auch für den Lehrer gilt: Es gibt keine eierlegende Wollmilchsaure! Ein inhaltlich überforderndes Studium wirkt eher abschreckend oder bleibt so an der Oberfläche, dass sich die besonders Geeigneten als erste abwenden werden.

Was an diesem Antrag noch schwerer wiegt als die vielleicht gut gemeinten Forderungen zur Verbesserung der Bildung, die das Gegenteil zur Folge haben dürften, ist, was alles **nicht** gesagt und gefordert wird. Der fehlende Anspruch an eine spitzenmäßige Bildung:

- An keiner Stelle wird das Ziel formuliert, dass das Land NRW als bevölkerungsreichstes Land im Bund an der Spitze der Rankings stehen sollte und nicht am Ende.
- Die Worte „Qualität“ und „Leistung“ sucht man in diesem Text vergeblich.
- Es ist nirgends zu lesen, dass die Gesellschaft zu Recht auch eine Erwartungshaltung gegenüber den Eltern haben darf, ihren Teil zur Erziehung und Bildung der Kinder beizutragen.
- Auch fehlt ein Hinweis darauf, dass an den Schulen ein Klima geschaffen werden muss, in dem Kinder und Jugendliche sich selbst engagieren und man von ihnen auch etwas fordern darf.
- Die Autoren des Antrages scheinen sich nicht zu vergegenwärtigen, dass wir uns in einem globalen Wettbewerb befinden und nur eine spitzenmäßige Bildung unserem Land auch in Zukunft einen soliden Wohlstand sichert.
- Abschließend müssen wir beklagen, dass das Gymnasium *expressis verbis* in der Vision für das 21. Jahrhundert der Grünen überhaupt nicht mehr vorkommt.

Wie bereits oben angesprochen, enttäuschen die Realitätsferne und das fehlende Anspruchsdenken des Antrages. Wir leben in einem Bildungsnotstand. Uns fehlen auf der einen Seite vor allem Lehrkräfte bei auf der anderen Seite immer mehr Kindern und Jugendlichen mit unterschiedlichen Bedürfnissen, unterschiedlichem Bildungsstand und damit einem sehr individuellen Bedarf der schulischen Ansprache. Anstatt sich darauf zu konzentrieren, wie man die Lage kurz-, mittel- und langfristig verbessern kann, wo Prioritäten zu setzen sind, wo Ressourcen am sinnvollsten eingesetzt werden können oder auch mit unbeliebten Entscheidungen Entlastungen erfolgen könnten, träumt man von der Zukunft, in der hoffentlich alles besser wird. Wünsche haben wir alle.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Vorstand der Landeselternschaft der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen e. V.



Dr. Oliver Ziehm  
- Vorsitzender -

**Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir das generische Maskulinum. Wir meinen immer alle Geschlechter im Sinne der Gleichbehandlung. Die verkürzte Sprachform hat redaktionelle Gründe und ist wertfrei.**